

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Eduard Oswald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/2603 –**

Deutschland braucht Klarheit bei der Verkehrsinfrastruktur

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Joachim Günther (Plauen), Eberhard Otto (Godern), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/2423 –**

Investitionen in Verkehrsinfrastruktur sicherstellen

A. Problem

Zu Nummer 1

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der vor allem die Forderung beinhaltet, die Bundesregierung aufzufordern, dem Deutschen Bundestag einen Bericht zuzuleiten, in dem das Ausmaß der fehlenden Mautentnahmen und alle haushaltsrelevanten Auswirkungen des Mautausfalls dargestellt werden sollen, mitzuteilen, welche konkreten Verkehrsinfrastrukturprojekte nach derzeitigem Stand gestrichen werden sollen, in einem schlüssigen Konzept darzulegen, wie die fehlenden Einnahmen ausgeglichen werden sollen und konkrete Angaben zu machen, wann die Deutsche Bahn AG und die Bundesländer Klarheit erhielten, mit welchen Investitionszuschüssen des Bundes sie rechnen könnten.

Zu Nummer 2

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der vor allem die Forderung beinhaltet, die Bundesregierung aufzufordern, die zur Substanzerhaltung und zum bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur erforderlichen Investitionsmittel im Jahr 2004 sicherzustellen; durch Kürzung konsumtiver Ausgaben Mautausfälle teilweise auszugleichen, ein Konzept zur Maastricht-konformen Kreditfähigkeit der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) vorzulegen, die Erweiterung der privatwirtschaftlichen Finanzierungs- und Beteiligungsmodelle für Bundesverkehrswege sowie die Ausdehnung der Anwen-

dungsmöglichkeiten der so genannten A-Modelle und F-Modelle vorzubereiten und die Mautmittel, sobald sie fließen, zusätzlich für Investitionen zu verwenden.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme der Anträge.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 15/2603 – abzulehnen,
2. den Antrag – Drucksache 15/2423 – abzulehnen.

Berlin, den 1. Oktober 2004

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Albert Schmidt (Ingolstadt)
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Albert Schmidt (Ingolstadt)

I. Überweisung

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/2603 in seiner 100. Sitzung am 25. März 2004 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 2

Er hat den Antrag auf Drucksache 15/2423 in seiner 98. Sitzung am 12. März 2004 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Der Antrag auf Drucksache 15/2603 beinhaltet vor allem die Forderung, die Bundesregierung aufzufordern, dem Deutschen Bundestag einen Bericht zuzuleiten, in dem das Ausmaß der fehlenden Mauteinnahmen und alle haushaltsrelevanten Auswirkungen des Mautausfalls dargestellt werden, mitzuteilen, welche konkreten Verkehrsinfrastrukturprojekte nach derzeitigem Stand gestrichen werden sollen, in einem schlüssigen Konzept darzulegen, wie die fehlenden Einnahmen ausgeglichen werden sollen und konkrete Angaben zu machen, wann die Deutsche Bahn AG und die Bundesländer Klarheit erhielten, mit welchen Investitionszuschüssen des Bundes sie rechnen könnten.

Zu Nummer 2

Der Antrag auf Drucksache 15/2423 beinhaltet vor allem die Forderung, die Bundesregierung aufzufordern, die zur Substanzerhaltung und zum bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur erforderlichen Investitionsmittel im Jahr 2004 sicherzustellen; durch Kürzung konsumtiver Ausgaben Mautausfälle teilweise auszugleichen, ein Konzept zur Maastricht-konformen Kreditfähigkeit der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) vorzulegen, die Erweiterung der privatwirtschaftlichen Finanzierungs- und Beteiligungsmodelle für Bundesverkehrswege sowie die Ausdehnung der Anwendungsmöglichkeiten der so genannten A-Modelle und F-Modelle vorzubereiten und die Mautmittel, wenn sie fließen, zusätzlich für Investitionen zu verwenden.

III. Stellungnahmen des mitberatenden Ausschusses

Zu Nummer 1

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/2603 in seiner 45. Sitzung am 31. März 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Zu Nummer 2

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/2423 in seiner 45. Sitzung am 31. März 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat die Anträge in seiner 40. Sitzung am 31. März 2004 beraten.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, man habe die Höhe der Verkehrsinvestitionen auf über 10 Mrd. Euro gesteigert. Im Jahr 2004 habe man vor allem durch die Mautproblematik Einnahmeausfälle zu verkraften. Zudem seien in diesem Jahr und auch in den Folgejahren die Ergebnisse des Vermittlungsverfahrens vom Dezember 2004 im Haushalt zu berücksichtigen. Man finde es inkonsequent, dass diejenigen, die sich im Dezember 2004 dem von der Koalition vorgeschlagenen Subventionsabbau verweigert hätten, nun die Folgen des Vermittlungsergebnisses beklagten. Was die Verteilung der Einsparungen auf die verschiedenen Verkehrsträger angehe, habe man einen konstruktiven Weg gefunden, welcher eine übermäßige Belastung der Schiene, der Wasserstraße und des öffentlichen Personennahverkehrs vermeide.

Die **Fraktion der CDU/CSU** beklagte, dass bis zum Jahr 2008 ein Fünftel weniger für die Verkehrsinfrastruktur ausgegeben werden solle. Die Folgen für den Zustand der Infrastruktur seien absehbar. Sie forderte, die Mauteinnahmen für die Verkehrsinfrastruktur zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Man fordere von der Bundesregierung die Auskunft, welche konkreten Verkehrsinfrastrukturprojekte gestrichen würden. Im Jahr 2004 werde es fast keinen Neubaubeginn mehr geben. In dem Papier der Ministerpräsidenten Roland Koch und Peer Steinbrück seien keine Einsparungen beim Straßenbau vorgesehen, sondern nur eine Kürzung von Finanzhilfen für die Deutsche Bahn AG und für die Wasserstraßen. Sie schlug vor, gemeinsam zu überlegen, wie man unter Nutzung des Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesetzes erreichen könne, dass mehr Kapital in die Verkehrsinfrastruktur der Straße fließe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, durch die Entsperrung der Haushaltsmittel für das Haushaltsjahr 2004 habe sich die Situation bei den Verkehrsinvestitionen deutlich entspannt. Das Anliegen der Anträge, dauerhaft die Infrastrukturinvestitionen in der erforderlichen Höhe zu sichern, sei ein gemeinsames Anliegen. Bedenken habe man hinsichtlich einer Verleihung der Kreditfähigkeit an die VIFG. Es sei befremdlich, wenn die Opposition einerseits im Bereich der Schiene kürzen wolle, wie auch von den Ministerpräsidenten Roland Koch und Peer Steinbrück vorgeschlagen, zugleich aber die teuersten Projekte realisiert wissen wolle. Die Opposition habe verhindert, dass man die eigentlichen Subventionen, die Eigenheimzulage und die Pendlerpauschale, streiche, weshalb die

Kürzungen bei den Verkehrsinvestitionen notwendig seien. Nach dem Koalitionsvertrag seien Straße und Schiene bei Investitionen gleich zu behandeln, so dass man die auferlegten Einsparungen im Verkehrssektor entsprechend verteilt habe.

Die **Fraktion der FDP** vertrat die Auffassung, die Koalition erreiche bei den Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur nicht annähernd das Niveau, welches in der Zeit bis zum Jahr 1998 gegeben gewesen sei. Im Vermittlungsverfahren und in den Vorschlägen der Ministerpräsidenten Roland Koch und Peer Steinbrück sei nicht von einer Kürzung der Investitionen im Straßenbau die Rede gewesen. Mit den vorliegenden Planungen für die Verkehrsinfrastruktur drohe Deutschland, einen Standortvorteil zu verlieren. Mit ihrer Politik bewirke die Koalition, vor allem auch im Bahnbereich, dass Planungskapazitäten, die mühevoll aufgebaut worden seien, nun wieder verloren gingen. Am Ende des Jahres würde bei dieser Politik im Bahnbereich wahrscheinlich eine hohe Anzahl hochqualifizierter mittelständischer Bauunternehmen vom Markt verschwunden sein.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag auf Drucksache 15/2603 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Er hat den Antrag auf Drucksache 15/2423 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Berlin, den 1. Oktober 2004

Albert Schmidt (Ingolstadt)
Berichterstatter

